

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Nebenan 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
 G. L. Daube, Invalidentank. Berlin Bernh. Arndt, Max
 Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes. Greif-
 wald G. Illies. Halle a. S. J. Barck & Co. Hamburg
 Heine, Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens,
 Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die
 auswärtigen, bitten wir, das Abon-
 nement auf unsere Zeitung recht bald er-
 neuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne
 Unterbrechung zugeht und wir zugleich die
 Stärke der Auflage feststellen können. Die
 reichhaltige Fülle des Materials, welches
 wir aus den politischen Tages-
 ereignissen, aus den Kam-
 mer- und Reichstags-Berich-
 ten, aus den lokalen und pro-
 vinziellen Begebenheiten dar-
 bieten, die Schnelligkeit unserer Tele-
 graphischen Depeschen (auch über
 den Schiffsverkehr) und anderen
 Nachrichten, für deren schnellste Ueber-
 mittlung wir ein eigenes Bureau
 in Berlin errichtet haben, ist so bekannt,
 daß wir es uns versagen können, zur
 Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas
 zuzufügen. Ebenso werden wir auch
 ferner für ein interessantes und spannendes
 Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal
 erscheinenden **Stettiner Zeitung**
 beträgt **außerhalb auf allen Post-
 anstalten vierteljährlich nur zwei
 Mark**, in Stettin in der Expedition
 monatlich 50 Pfennige, mit Brin-
 gerlohn 70 Pfennige.

Die **Stettiner Zeitung** ist daher
 die billigste politische Zeitung, welche
 täglich zweimal und in einem so
 großen Formate erscheint und den Lesern
 eine solche von keinem andern hiesigen
 Blatt auch nur annähernd erreichte Fülle
 von Nachrichten bringt. Wir weisen auch
 noch besonders darauf hin, daß unsere
Stettiner Zeitung die Nachrichten
 über die Berliner und hiesige
 Getreide-, Waaren- und
 Fondsbörse bereits im Abend-
 blatt des gleichen Tages ver-
 öffentlicht und diese Nachrichten daher den
 hiesigen und auswärtigen Interessenten auf
 das aller schnellste übermittelt.

Die Redaktion.

E. L. Berlin, 26. März 1892.
Deutscher Reichstag.
 204. Sitzung vom 26. März.

Präsident v. Lepow eröffnet die Sitzung
 um 12 Uhr.

Zur Verlesung steht zunächst die Ergän-
 zung zum Reichshausgesetz pro
 1892-93, „Kosten der Vervielfältigung
 des Reichs an der Weltausstellung
 zu Chicago 2,000,000 Mark“.

Die Budget-Kommission empfiehlt die un-
 veränderte Bewilligung dieser Summe.

Abg. Witte (fr.) befürwortet, Angesichts
 der ausgebreiteten Vervielfältigung der
 Anträge werde der für dieselbe bestimmte Raum
 nicht ausreichen. Er bitte die Regierung, auf
 eine bestimmte Raum-Ergänzung hinzuwirken.

Staatssekretär v. Bötticher kann die
 Befürchtung des Vorredners nicht theilen. Wir
 würden in Chicago mehr Raum haben, als an-
 zureichend einer andern Weltausstellung. Im Uebri-
 gen bleibe der deutsche Kommissar in der von
 dem Vorredner gewünschten Richtung bemüht.

Abg. Hagin befürwortet die Annahme der
 Vorlage im Interesse der deutschen Industrie und
 Landwirthschaft.

Abg. Goldschmidt wünscht die Auf-
 stellung eines Katalogs über die deutsche Aus-
 stellung und zwar auch in englischer und spanischer
 Sprache.

Staatssekretär v. Bötticher sagt zu, diese
 Anregung zu erwägen, und bemerkt dem Abg.
 Hagin, auch Annahmen aus landwirthschaftlichen
 Kreisen seien zahlreich eingegangen.

Nachdem noch Abg. Samhammer (fr.)
 eine möglichst ausgebreitete Vervielfältigung der
 deutschen Industrie empfohlen, wird der Nach-
 traggesetzt angenommen.

Es folgt die 3. Lesung des Reichshausge-
 setzes pro 1892-93. In der Generaldebatte be-
 theiligt

Abg. Pfleger (Volksp.) die große Kriegs-
 last. Die dafür aufgewendeten Ausgaben könnten
 besser anderweit verwendet werden. Redner,
 welcher auf der Tribüne sehr schwer verständlich
 ist, kommt ferner noch kurz auf die Mißhan-
 dlungen in der Armee zu sprechen und auf den
 geringen Einfluß, welchen der Reichstag in Be-
 zug auf Abstellung von Mißständen überhaupt
 habe. Indem der Reichstag es veräume, die
 Volkseinsichten wahrzunehmen, nehme derselbe
 mehr und mehr an Ansehen ab.

Weiter legt Redner die Zunahme der Verbrechen
 der schlechten ökonomischen Lage und der wach-
 senden Macht des Kapitalismus zur Last. Die
 Börsengeschäfte müßten höher besteuert werden,
 auch zu dem Zwecke, das Privatpublikum mehr
 von der Börse fernzuhalten. Eine Notwendig-
 keit sei die zweijährige Dienstzeit, und zwar die
 unbedingte, ohne begleitende Verklärung der
 Aushebung. Andernfalls werde die Regierung
 die Unbefriedigtheit und Verbitterung im Volke
 nur vermehren. Dann bereite die Regierung
 vor, daß das deutsche Volk in seiner unverfälsch-
 ten Meinung hier zum Ausdruck kommt.
 (Große Heiterkeit, wie wiederholt im Laufe dieser
 Ausführungen.) Gewähren Sie Dänen! (Hei-
 terkeit.) Jeder, der den innerlichen Beruf in
 sich fühlt, muß Abgeordneter werden können.
 (Zunehmende Heiterkeit.) Nicht dem liberalen
 Bürgerthum, sondern den arbeitenden Schichten
 fehle noch das ihnen gebührende Maß von
 Einfluß.

Abg. Liebknecht (Soz.) will nicht aus
 dem Wachsen des Militarismus und der Schuld
 des Reiches gegen dieses Kapital schlagen, denn
 beides seien nicht Eigenthümlichkeiten des deut-
 schen Reiches allein, sondern auch anderer
 Staaten eigen. Eingehen müßte er aber auf die
 durch den Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen
 aufgedeckten Mißstände im Heere. Seiner An-
 sicht nach lägen diese Mißstände nun ein-
 mal im Militarismus an sich. Auch im fran-
 zösischen Heere kämen sie ja vor, obwohl dieses
 weit mehr als das deutsche unter dem Banner
 der öffentlichen Meinung stehe. Das System
 sei es, welches solche Mißstände im Gefolge habe.
 Auch mit allem Christenthum in der Armee
 könne man vergleichen nicht ab, denn das System
 des Militarismus stehe an sich in schroffem
 Widerspruch zum wahren Christenthum. In
 diesem Militarismus würden wir zu Grunde
 gehen. Daß wir in Deutschland noch verhält-
 nismäßig sparsam seien, erkenne er und seine
 Freunde an, aber wenn ein Staat neue Aus-
 gaben für das Heer mache, müßte der andere
 nach. Daran müßte der Militarismus zu guter
 Letzt scheitern. Was man unter militaristischem
 Geiste verstehe, das sei der Geist, der auch im
 Stande sei, Vater, Mutter und Brüder nieder-
 zuschießen. Nicht auf diesen militaristischen Geist
 komme es an, auch nicht auf die sogenannte mi-
 litarische Tüchtigkeit, wie man sie hier verleihe.
 Nach den ersten Militär-Schriftstellern beruhe
 doch unbestreitbar die militärische Tüchtigkeit auf
 Schnelligkeit und Schießfertigkeit. Und wie un-
 bedeutend sei unsere Schießfertigkeit gegenüber
 anderen Völkern, wie der Schweiz, wo man sich
 von Jugend auf im Schießen übe. Brechen Sie
 daher ab mit diesem Militarismus und gehen
 Sie über zu dem System der Miliz! Er und
 seine Freunde hätten einstimmig den Rath ge-
 geben: Laßt den Franzosen Schuß-Vorlesungen
 geben! Sie hätten die doppelte und dreifache Kriegs-
 schußfertigkeit und dazu die Verpflichtung auf, ihr
 stehendes Heer zu entlassen und in eine Miliz-
 heer zu verwandeln. Dann wäre auch für
 Deutschland die fortwährend drohende Kriegsge-
 fahr beschworen gewesen. Man habe behauptet,
 er hätte gerathen, Frankreich Schuß-Vorlesungen
 zurückzugeben. Er habe das nie gesagt. Er
 habe vielmehr nur stets als seine Ansicht kund-
 gegeben, daß es ehemals nicht nur ein Ver-
 brechen, sondern noch mehr, ein politischer
 Fehler war, Schuß-Vorlesungen überhaupt zu
 nehmen, daß es aber nur der Zeit überlassen sein
 müßte, die Frankreich geschlagenen Völkern zu
 heilen. Wie er im Uebrigen dem Abg. Richter
 erwidern müßte, so würden die Sozialdemo-
 kraten 1870, als sie gegen die Kriegsangelegen-
 heiten, Hochverräter gewesen sein, wenn die
 Schuld an dem Kriege wirklich nur drüben,
 auf Seiten Frankreichs, gelegen hätte. Wer aber
 jetzt leibenschaflos, mit kritischem Auge, die
 Vergangenheit betrachte; der müßte zugeben, daß
 genau wie 1866 so auch 1870 die Schuld eben-
 falls auf Seiten der Regierenden gelegen habe,
 wie auf Seiten der Regierenden drüben. (Wider-
 spruch.) Ohne Bismarck und Napoleon hätten
 wir keinen Krieg gehabt. Den Weltfrieden her-
 beizuführen, seien die Weltkrieße nicht geeignet.
 So lange die Klassen-Interessen sich so hervor-
 ragend breit machten, werde niemals von einer
 Abrüstung die Rede sein können. Der jetzige
 Reichskanzler habe einmal gesagt, er prüfe alle
 Vorlagen auf ihre Wirkung auf die Sozialdemo-
 kratie. Es sei das ein ehrenvolles Zeugnis für
 den bestimmten Einfluß der Sozialdemokratie.
 Diese werde im Uebrigen auch ohne die Regie-
 rung fertig werden und umher in ihren Weg
 gehen. Die Waffen der Sozialdemokratie seien
 und würden immer den Waffen und der Taktik
 ihrer Gegner überlegen sein. Man habe ihnen
 die Dummheit der letzten Zeit in Berlin in die
 Schuhe geschoben. Aber mit Unrecht. Gerade
 die Disziplin der organisierten sozialdemokratischen
 Massen habe verhindert, daß es zu einer größeren
 Emence gekommen sei. Die Schuld an den
 Dummheiten liege wo anders, bei den Parteien,
 welche durch ihre wirthschaftlichen Siege den
 Nothstand der Massen erzeugt und vermehrt
 hätten. Seine Partei habe sich in Jähzornem
 Kampfe überzeugt, ihr Kours sei der richtige
 und führe sie zum Ziele.

Präsident v. Lepow ruft den Vorredner
 nachträglich zur Ordnung, weil derselbe die
 Annexion Elsaß-Vorlesungen ein Verbrechen ge-
 nannt habe, also eine Unbildung, welche der
 deutsche Kaiser unter Zustimmung des Reichstags
 und den Beifall des Volkes vollzogen habe.

Abg. Richter erwidert dem Abg. Liebknecht,
 es habe keinen Zweck, sich darüber auseinander-
 zu setzen, wo die Schuld an den Kriegen von 1866
 und 1870 liege. Thatsächlich aber habe seiner
 Zeit Liebknecht behauptet, der Krieg von 1870
 sei nur die Folge der Kriege von 1864 und 1866.
 Aber selbst Liebknecht's Parteigenosse Debel habe
 späterhin erklärt, der Krieg von 1870 sei eine
 „schöne Provokation Louis Napoleons“. Irrig
 sei ferner die Ansicht Liebknecht's, als ob ein
 Milizsystem ein Hinderniß für den Krieg sei.
 Daß dem nicht so sei, hätten wir doch selber den
 Franzosen im Jahre 1813 bewiesen. Der Haupt-
 fehler sei, daß man überhaupt die Elsaß-Vorlesun-
 gen, Frage als solche, als „Frage“ hinstelle. Dadurch
 erwache überhaupt erst die Gefahr. (Beifall.)
 Die Taktik der Sozialdemokraten in dieser Sache
 sei ja überdies keine einheitliche, wie die Stellung
 v. Vollmar's zeige. Er sei auf innere politische
 Fragen heute nicht eingegangen, nachdem dies
 aber von anderer Seite geschähe, wolle er doch
 Einiges bemerken. Der Reichskanzler, der hier

sitze, sei zwar noch derselbe wie zuvor, aber doch
 auch nicht mehr derselbe; er sei gewissermaßen
 halbtot, in Konsequenz der Vorgänge bei dem
 Volkschulgesetz. Derselbe werde nun wohl über-
 zeugt sein, daß es nicht so leicht sei, „gegen den
 Strom zu schwimmen“. Was die Trennung der
 Aemter als Reichskanzler und als Minister-
 Präsident in Preußen anlange, so erinnere er an
 die verschiedentlichen Erklärungen des Fürsten
 Bismarck (Redner verliest dieselben), in welchen
 Fürst Bismarck diese Trennung als unmöglich,
 auf die Dauer unmöglich bezeichnet habe. Es
 sei schwer, den Reichskanzler jetzt noch als Reichs-
 kanzler anzusehen. Ist möglich diese Trennung
 noch schwieriger sein, als ehemals zur Zeit des
 Fürsten Bismarck. Seine Partei hätte ja
 vielleicht Anlaß, sich der eingetretenen Aenderung
 eher zu freuen. Aber sie müßten sich doch da-
 gegen verwahren, als ob sie diese Trennung der
 Aemter als eine glückliche ansehe. Nach Ein-
 legung dieser Verwahrung könnten sie die weitere
 Entwicklung der Dinge abwarten. Nach An-
 sicht seiner Partei hätte die Aenderung der
 augenblicklichen Verhältnisse in ganz anderer
 Richtung erfolgen müssen: Ausbildung von
 Reichsministern. Das gegenwärtige Verhältnis
 der Minister zum Lande und zur Krone sei ein
 sehr ungünstiges. Wir leiden noch immer unter
 den Folgen des bisherigen Systems der Kabinetts-
 regierung! Mehr als je haben wir es in Deutsch-
 land nötig, daß wir eine Parlaments-Regie-
 rung haben. Hätten wir diese, so wären alle
 die Nachtheile, die wir jetzt erleben, nicht möglich
 gewesen.

Reichskanzler Graf Caprivi erwidert,
 er werde dem Vorredner nachweisen, daß weder
 die Reichsregierung noch die preussische Regie-
 rung durch die Aemter-Trennung Einbuße er-
 litten. Auch werde er weiter nachweisen, daß
 Fürst Bismarck, dem Vorredner für sich gilt
 habe, auch von ihm (dem Redner) für sich in
 Anspruch genommen werden könnte. Fürst Bi-
 smarck habe 1877 und 1878 erklärt, der preussische
 Ministerpräsident habe auf die Reichsregierung
 gar keinen politischen Einfluß. Und ein persön-
 licher Einfluß bestünde doch nur, insofern derselbe
 beansprucht werde. Habe jemand einen persön-
 lichen Einfluß, so werde er ihn so wie so haben,
 und habe er keinen persönlichen Einfluß, so werde
 er ihn so wie so nicht haben. Auch 1873 sei
 ein Schaden aus der Trennung der Aemter nicht
 entstanden, wenigstens vermisse er nicht abzusehen,
 wie so. Vorredner habe angedeutet, es sei
 bisher in Reich und Staat eine do ut des
 Politik getrieben worden. Er für seine Person
 habe dies nicht gethan. Er würde geglaubt
 haben, sich am Reich zu verhängen, wenn er
 solche Politik getrieben hätte. Für ihn seien die
 Sorgen, die ihm die Ministerpräsidentenschaft in
 Preußen gemacht hätten, die Sorgen um Dinge,
 in die er doch nur zum geringsten Theile einzu-
 greifen in der Lage gewesen sei, der schwerste
 Theil seiner Aufgabe gewesen. Er glaube nicht
 an Nachtheile aus der jetzigen Stellung. Er
 habe es stets für seine Aufgabe in Preußen ge-
 halten, wenn ein Reichsminister eine Vorlage
 einbrachte, diesem als Präsident beizustehen (Beif-
 all), denn sonst würde der Einfluß dieses Mini-
 sters gleich Null. Es sei ihm auch leicht
 geworden, für diese Vorlagen in Preußen
 einzutreten, denn bei keiner derselben habe
 er sich von seiner eigenen Ueberzeugung abrei-
 zu trennen brauchen. (Lebhafter Beifall rechts.)
 Er meine, daß es dem öffentlichen Ansehen
 Deutschlands nicht diene, wenn die Stellung des
 Reichskanzlers „unselbst“ erscheine. Der Abg.
 Richter habe nun auch gleich einen Vorschlag ge-
 macht: Einführung von Reichsministern. Er
 selber dagegen glaube nicht, daß irgend Jemand
 diesen Gedanken für durchführbar halte ohne Ver-
 steigerung des Bundesraths. Er glaube vielmehr,
 das deutsche Reich sei geistig genug, um auch
 diese Trennung der Aemter zu übersehen. Es
 werde dadurch nicht verlieren, sondern sogar noch
 gewinnen.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) glaubt, daß
 die Trennung des preussischen Ministerpräsidenten
 vom deutschen Reichskanzleramte keine dauernde
 sein werde. Der Dreißend leide unter der Krisis
 nicht, denn an ihm halte das ganze deutsche
 Volk fest.

Abg. Graf Balleskreim (Zentr.) bekennt
 die Trennung der beiden Aemter. Aber wenn
 schon einmal Graf Caprivi geäußert habe, auf
 das preussische Ministerpräsidenten verzichten zu
 müssen, so sei es doch hochbedauerlich, daß derselbe
 die Stellung als Reichskanzler beibehalten habe
 und die Geschäfte des Reiches mit starker Hand
 weiter fördere. (Beifall.) Einer Politik des
 do ut des stimme auch er nicht zu, er würde es
 nicht wagen, eine solche Politik einem hohen Be-
 amten zuzurufen. Seine Partei sei gegen ver-
 antwortliche Reichsminister, — es widerspreche
 dies der Reichsverfassung, die nur den Bundes-
 ratz kenne und den Reichstag. (Beifall im
 Centrum.)

Abg. v. Bennigsen (nl.) bemerkt, daß
 er mit seinen Freunden nicht eingetreten sei für
 die Schaffung eines verantwortlichen Reichs-
 finanzministers, indessen erkenne er an, daß gegen-
 wärtig nicht der Zeitpunkt sei, auf diese Frage
 zurückzukommen. Er sei überzeugt, daß man sich
 schließlich dieser Forderung nicht werde entziehen
 können. Daß in Folge des Volkschulgesetzes eine
 Trennung der Aemter des preussischen Minister-
 präsidenten vom dem Reichskanzler einge-
 treten sei, müsse als Thatsache hingenommen
 und abgewartet werden, wie sich die Dinge ent-
 wickeln werden. Es lasse sich nicht verkennen,
 daß die parlamentarische Strömung in Deutsch-
 land im Steigen begriffen sei. Darin liege eine
 Gefahr für das deutsche Reich, dieselbe würde
 aber noch wesentlich vergrößert werden, wenn zu
 dieser Strömung sich noch ein parlamentarischer
 Gegensatz von Preußen zum deutschen Reich ge-
 stellen sollte. Er sei deshalb der Ansicht, daß man sich
 doch wieder zu einer Vereinigung der beiden
 Aemter zurückkehren werde. (Sehr richtig!)

sei deshalb der Ansicht, daß alle Parteien des
 Hauses der weiteren Entwicklung der Dinge
 ruhig eingesehen können. (Beifall bei den
 Nationalliberalen.)

Abg. Frhr. v. Manteuffel erklärt, daß
 nachdem Seine Majestät den Grafen Caprivi
 seiner Stellung als Ministerpräsident in Preußen
 entbunden und den Grafen Eulenburg dazu er-
 nannt habe, für die konservative Partei diese An-
 gelegenheit damit erledigt sei.

Abg. Liebknecht geht nochmals auf das
 Verhalten der Sozialdemokraten 1870 und ihre
 Stellung zu der Elsaß-Vorlesungs-Frage, ferner
 auf die bezüglichsten Anklagen Richters ein.
 Werde Deutschland wegen Elsaß-Vorlesungs von
 Frankreich angegriffen, wie etwa von Rußland,
 dann würde ganz Deutschland einig sein. Das
 habe er schon wiederholt mit aller Würdigen-
 werthen deutlich erklärt.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) erwidert
 ihm, trotz dieser Versicherung verweigerten doch
 die Sozialdemokraten die Mittel, um Deutschland
 möglichst kriegsbereit zu machen. Nicht hingehen
 lassen könne er ferner die Aenderung Liebknecht's,
 daß die neuerlichen Tumulte ganz ohne Zusam-
 menhang mit der Sozialdemokratie seien. Wenn
 man predige: Eigentum sei Diebstahl und Mord-
 that, dann könne man sich nicht wundern, wenn
 andere das in die That umsetzten. Auch Syn-
 pathien mit all dergleichen Tumultuanten habe
 der „Vorwärts“, dessen Redakteur Liebknecht sei,
 ausgeprochen.

Abg. Richter bemerkt wiederum dem Vor-
 redner, derselbe möge doch auf die Antisemiten
 und Herrn Stöcker dahin einwirken, daß dieselben
 nicht Stimmungen hervorrufen, durch welche
 solche Straßen-Geschehnisse entstehen. Wenn von
 Redner im Hause vorhin gemeint worden sei, man
 sollte die politischen Vorgänge der letzten Tage
 hier nicht besprechen, nun — in jedem anderen
 Parlament würde man es für selbstverständlich
 halten, hier im Hause über solche Vorgänge nicht
 zu schweigen. Der Reichstag sei doch nicht bloß
 ein Bureau, das nur die ihm aufgegebenen Num-
 mern zu erledigen habe. Der Herr Reichs-
 kanzler habe vorher zu Gunsten der Trennung
 der Aemter aus einer Rede des
 Fürsten Bismarck verlesen, habe aber
 dabei zu erwähnen vergessen, daß diese Bismarck's-
 che Rede am Anfang der damaligen Aemter-
 trennung gehalten worden sei, als Fürst Bismarck
 mit derselben noch keine Erfahrungen gemacht
 habe. Redner geht dann nochmals auf die Nach-
 theile der Aemter-Trennung näher ein. Er gebe
 zu, daß die Summe der Lasten mit beiden
 Aemtern eine zu große sei. Fürst Bismarck habe
 die Lasten getragen, weil er in sie hineingewach-
 sen sei, aber auch ihm sei es von Jahr zu Jahr
 schwerer geworden. Eine Entlastung wollten auch seine
 Freunde, aber nicht auf dem Wege der Trennung,
 sondern durch verantwortliche Reichsministerien.
 An der Sicherheit des Reichthums Deutschlands
 zweifle er durchaus nicht. Aber dabei blieben er
 und seine Freunde doch, daß das Verhältnis der
 Minister untereinander und zur Krone nicht so
 sei, wie es sein sollte. Die Zukunft werde zeig-
 en, daß die gegenwärtige Lösung nur eine vor-
 übergehende sein könne.

Abg. Graf Kanitz findet es charakteristisch,
 daß hier ein aktiver preussischer Staatsbeamter
 wie Bennigsen (große Unruhe links) hier Ann
 in Arm mit dem Führer der Opposition, mit
 Richter gese. Herr v. Bennigsen sei da frei-
 lich weiter in der Rolle des Oligarchen, noch
 des Antisemiten, sondern in der des Lepidus. Er
 wiederhole, ein aktiver preussischer Staatsbeamter!
 (Große Unruhe.)

Abg. v. Bennigsen (nall.) erwidert,
 wenn ihm der Vorredner in einer etwas leibsch-
 aftlichen Weise Opposition vorwerfe, so nehme
 er das nicht tragisch. Er erkläre sich das hin-
 reichend durch die Betheiligung des Vorredners
 über die Vorgänge aus Anlaß des Schulgesetzes
 im preussischen Abgeordnetenhaus. Der Herr
 wolle da naturgemäß seinem Aeußerst Luft machen.
 Er habe allerdings in seiner früheren Rede das
 Volkschulgesetz nicht in den Mund genommen,
 aber doch auf die Gefahren hingewiesen, welche
 für die Entwicklung im Reich und in Preußen
 für das liberale Bürgerthum erwachsen könnten,
 und das letztere zur Vertheidigung idealer Güter
 zusammenzufassen sollte. Und die Ereignisse hätten
 ihm Recht gegeben. Er lege Verwahrung da-
 gegen ein, daß der Vorredner sich berufen läßt,
 auf die abhängige Stellung eines Abgeordneten
 hinzuweisen. Derselbe hätte dies nur so weniger
 thun dürfen, als seit 1867 auf sehr viele konser-
 vative Beamte es für ihre Pflicht gehalten hät-
 ten, in ihrer Stellung als Abgeordnete ihre eigene
 Meinung zu haben. Gerade das sei von größtem
 Werthe auch für die allerhöchste Stelle. Wo
 solle es hinkommen, wenn gerade Männer in
 hoher Stellung, welche Einblick in die Verhält-
 nisse zu gewinnen vermöchten, g zwingen sein
 sollten, den Mund zu halten. Er habe die Ueber-
 zeugung, daß gerade seine damalige Warnung für
 die Entwicklung der Verhältnisse bei uns von
 Nutzen gewesen sei. (Stürmischer, minutenlanger
 Beifall und Zischen.)

Abg. Liebknecht weist nochmals die Un-
 terstellung zurück, als seien die Sozialdemokraten
 an den anarchistischen Tumulten theilge-
 nommen.

Abg. Stöcker der Andeutung Richters
 entgegen, als ob antisemitische Hecereien mittel-
 bar an jenen Gesetzen die Schuld trügen. Was
 die Krise betreffe, so sei die Agitation des Ben-
 nigsen'schen Liberalismus eine Mißachtung der Re-
 gierungs-Autorität und der parlamentarischen Ma-
 jorität. Und Bennigsen habe diese Krise durch
 seinen Anlauf des liberalen Bürgerthums hervor-
 gerufen. Letzterer mache er den Vorwurf, gegen
 die ständigen Verwühlungen der Volksseele nichts
 getan zu haben. Was liberale große Blätter
 wie die „Köln. Zg.“ anlässlich des Schulgesetzes
 geschrieben hätten, sei nicht mehr Monarchismus,
 Religion und Moral seien 2 grundverfehlene
 Sachen. (Stürmischer Beifall links. Unse: Sehr
 wahr! Sehr wahr!) Bennigsen habe mit seinem
 Anlauf den Konservativen Schaden wollen. Aber
 den Schaden trage das Reich, der Staat, die
 Krone. (Stürmischer Beifall und Zischen.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg
 (Antisemit) verwahrt ebenfalls die Antisemiten
 gegen den angeblichen Antheil an den Kravallen.
 Die Juden stecken dahinter, wie hinter aller re-
 volutionären Bewegungen.

Prinz Carolath erwidert: Der Thron
 würde ich lieb thun, der sich auf die Antisemiten
 stütze und glaube, dadurch erhalten zu werden.

Er halte es mit dem ersten Kaiser, der gesagt
 habe, er wolle sein Land mehr nicht an erober-
 ten Gütern, sondern an Wohlfahrt und Gerechtigkeit
 und mit letzterer habe der Antisemitismus nichts
 zu schaffen. Sehr bedauerlich müßte er die An-
 regungen des Grafen Kanitz gegen den Abg. von
 Bennigsen. Gern hätten gerade die Konser-
 vativen das Verlangen der Liberalen, man solle
 eine abhängigen Beamten wählen lassen, damit
 beauftragt: weshalb denn nicht Beamte?! Die
 Beamten seien als Abgeordnete nicht abhängig!
 Setzt, nach solchen Anregungen, wie Graf Kanitz
 sie gethan, würden erst recht die Wähler stutzig
 werden. Die Wähler würden sich fragen: können
 wir denn noch einen Antrath wählen, einen
 Antrath, der doch abhängig ist und unsere In-
 teressen unter Umständen nicht vertreten darf?!
 Erst neulich seien die Liberalen in einem ganz
 besondern Falle auch für die Freiheit der Mein-
 ungserklärung eines hohen konservativen Beam-
 ten eingetreten. Nach der heutigen Rede des
 Grafen Kanitz werde Jeder zugeben: die Libera-
 len treten für die Redefreiheit auch des Gegners
 ein, die Konservativen — gönnen sie dem Gegner
 nicht. Redner äußert zum Schluß noch sein leb-
 haftes Bedauern auch über die Rede Stöcker's
 und dessen Mangel an christlicher Liebe.

Abg. Graf Kanitz berichtet, er habe an
 dem Abg. v. Bennigsen nur getadelt, daß derselbe
 die Parteien zur Opposition aufgerufen habe,
 keineswegs, daß derselbe seine persönliche Meinung
 geäußert habe.

Nach einigen Ausführungen der Abg. von
 Stumm und Singer stellt noch

Abg. Richter fest, in der Gerichtsverhand-
 lung gegen die Theilnehmer an den Kravallen
 sei konstatiert worden durch die glaubwürdigsten
 Zeugen, daß die Kravalle bzw. die dabei vorge-
 kommenen Ausschreitungen direkt auf antisemitische
 Hecereien, auf „Juden raus“, und „da
 ist noch ein Laden eines Juden“ z. zurückzuführen
 seien. Redner hält dann noch den Konserativen
 vor, das System der Kabinettsregierung, welches
 ihnen jetzt anlässlich des Falles mit dem Volk-
 schulgesetz so unangenehm sei, sei gerade ihnen ehe-
 mals durchaus recht gewesen. Weshalb lasse sich
 auch die Majorität im Abgeordnetenhaus der-
 gleichen bieten? Jede Majorität werde nur so
 behandelt, wie sie es verdiene. Weshalb stießen
 die Mehrheitsparteien dort es nicht auf eine Auf-
 lösung ankommen? Nur, weil sie fürcht vor der
 Auflösung hätten.

Nach einer Entgegnung des Abg. Stöcker,
 welcher nochmals vor dem zum Verderben führen-
 den „Ansturm der drei Parteien“ gegen die Re-
 gierung warnt, schließt die Generaldebatte.

Darauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr.
 Tagesordnung: Nachtragsetat für Eisen-
 bahnen; Johann Vorlesung der dritten Lesung
 des Staatshaushaltsplans.

Schluß 5 1/2 Uhr.

L. L. Berlin, 26. März.
Preussischer Landtag.
 Herrenhaus.

G. Menarigung vom 26. März.
 Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die
 Sitzung um 1 Uhr.

In einem Schreiben vom 24. d. Mts. giebt
 der Vize-Präsident des Staatsministeriums von
 Völkner dem Hause Kenntniss von der Einbin-
 dung des Reichskanzlers Grafen v. Caprivi von
 dem Amte als Präsident des Staatsministeriums,
 der Entlassung des Kultusministers Grafen von
 Redlich-Triltscher und von der Ernennung des
 Vizepräsidenten Grafen zu Eulenburg zum Prä-
 sidenten des Staatsministeriums und des Staats-
 sekretärs Dr. Voigt zum Kultusminister.

Das Haus genehmigt alsdann die Geset-
 zentwürfe betr. die Führung der Aufsicht beim
 Amtsgericht I. c. in Berlin, betr. die Errichtung
 eines Amtsgerichts in der Gemeinde Negelein
 und betreffend die Abänderung von Amtsgerichts-
 bezirken.

Nach Erledigung einiger Petitionen von un-
 tergeordnetem Interesse tritt das Haus in die
 Spezialberatung des Volkschulgesetzes.

Der Gesetzentwurf wird nach längerer Dis-
 kussion unter Ablehnung der dazu bereits in ge-
 theilten Änderungsanträge des Oberbürger-
 meisters Becker (Köl.) unverändert nach der
 Beschluß des Abgeordnetenhauses angenommen.

Ein Antrag des Herrn v. Woyrsch, den
 Minister der Landwirtschaft zu ersuchen: zum
 Zweck von Flußregulierungen aus dem ihm zu
 Gebote stehenden Meliorations-Fonds nur dann
 Subventionen zu ertheilen, wenn die Flußregulir-
 ung vom Ausfluß nach oben stattfinden soll,
 wird an die Agrarkommission gewiesen.

Darauf verlegt sich das Haus.
 Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr.
 Tagesordnung: Etat.
 Schluß 5 Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 26. März. Se. Majestät der
 Kaiser ist heute Nachmittag um 3 Uhr 40
 Minuten von Hubertusburg abgereist und wird
 hier um 5 1/2 Uhr eintreffen.

Se. Majestät empfing heute Vormittag den
 Kultusminister Dr. Voigt in Hubertusburg.

Auf Wunsch des Kaisers soll, wie verlautet,
 mit dem Abbruch der Schlossfreiheit-Gebäude
 am 15. Mai er. begonnen werden.

Die Konservativen, die Reichspartei und die
 Nationalliberalen brachten den Antrag ein, die
 erste Rate (2 Millionen) für die Korvette K. zu
 bewilligen. Das Centrum wird gutem Verneh-
 men nach in der Mehrheit für die Bewilligung
 stimmen.

— In der am 24. d. M. unter dem Vorsitz
 des Vize-Präsidenten des Staatsministeriums,
 Staatssekretärs des Innern, Dr. v. Völkner ab-
 gehaltenen Plenar-sitzung ertheilte der Bundes-
 rat die Zustimmung: dem durch die Beschluß
 des Reichstags abgeordneten Gesetzentwurf, be-
 treffend das Telegraphenwesen des deutschen
 Reichs, dem Entwurf einer Verordnung über das
 Inkrafttreten der auf die Sonntagsgesetze im
 Handelsgewerbe bezüglichen Bestimmungen der
 Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891, dem
 Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Vorlesungen,
 betreffend die Verbesserung der Kanäle sowie die
 Erhebung von Schiffsabgaben auf denselben,
 den Anträgen des Reichskanzlers über die Voll-
 behandlung der in Reiselwagen eingehenden Ver-

[illegible][illegible]

Wainz-Weing.	4%	113 10	L. Wittelm.-H.	4%	90 50
Ward.-Wienfa	4%	57 50	Rudol.-Ries.	5%	—
Wiedl.-Fr.-Wanz	4%	—	Wroslan-Breit	5%	65 22
Wierberggl. War.	4%	—	Dr. Fr.-Stb.	4%	123 00
Staatsb.-Bain	4%	151 80	do. Nordb.	5%	—
Österr. Seldbahn	4%	71 50	do. Lit. H.-B.	4%	103 40
Saalbahn	4%	29 30	Edigs. (Lomb.)	4%	41 49
Stargard-Wolen	4%	102 10	Worlsch.-Lent.	5%	99 10
Amlicr.-Weiss	4%	—	do. Wien	4%	215 75
Baltische Fr.	3%	63 65			

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.	
Altamont-Golberg	4½% 109 70 B
Ward-Milawa	5% 104 90 b
Ostpreussische Eisdahn	5% 108 35 SB

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.			
Bergisch-Märkisch		Gr. St. v. Eisenb. 3 3/4 %	— —
S. A. B.	3 1/2 %	99 00 1/2	— —
Sächs.-ind. A. C.	4 %	— —	— —
do. 7. C.	4 %	— —	— —
Magd.-Elbst.	7 1/2 %	— —	— —
do. Weim.-Lit. A.	4 %	— —	— —
		Waggonob.	— —
		Domb. - gr. A.	4 %
		Polen-Waggonb.	97.15 1/2

do.	Lit.B.2%	—	gar.	4%	83 96 68
Oberschlef.	Lit.D.3 ¹ / ₂ %	—	Kursch-Barkow g.	4%	88 70 68
do.	Lit.D.4%	—	do. Chart. Alf.		
do. Starg.	Prof. 4%	101 30 6	Oblig. . . .	4%	85 20 6
do. Starg.	21. 2/3	64 4 1/2 68	Kursch-Barkow gar.	4%	86 90 68

[illegible]

1888 gar	3%	86 10 3	gar.	5%	—
Def. Ergänzung-			fluff. Südwest-		
neig gar	3%	82 20 3	bahn gar.	4%	88 75 3
Def. Franz. Stab.		166 40 3	Transatlantisch.	3%	74,50 3
Def. do. Gold-Pr.	4%	100 60 3	Warschau-Lere-		
Südböf. Bagn			pol.	5%	85,50 3
(Vomh.)	3%	59 70 3	Warschau-Wien		

Ungarische Osk.	2. Emission	4%	96 66 64
1 (Staatsobl.)	Wablfawtasgar.	4%	— —
do. do. g.	BarstoeSelo	5%	88 25 98
Brest-Grajewo	Northern Pacific	1.6%	111.69 98
Cherem-Toma	Dragon Railway		

do. ir Rive	5%	10000
Stark. Kremenitsh. g.	5%	10000
do. do. Riv. St.	5%	10000

Hypotheken-Certificate.

Dist. Grumb-Pfd.	3 1/2%	\$7.05 5/8	St. C. & O. 100	4%	100.50 5/8
4. abg.			6. S. (Tr. 100)	4%	100.50 5/8
Dist. Grumb-Pfd.	3 1/2%	\$7.00 5/8	De. & E. 12. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
4. abg.			De. & E. 13. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
Dist. Grumb-Pfd.	3 1/2%	\$2.00 5/8	De. & E. 14. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
4. abg.			De. & E. 15. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
Dist. Grumb-Pfd.	4%	101.10 5/8	De. & E. 16. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
Real-Debt.			De. & E. 17. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
Dist. Pfd. & C.	5%	110.80 5/8	De. & E. 18. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
4. 5. 6.	4%	101.40 5/8	De. & E. 19. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 20. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 21. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 22. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 23. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 24. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 25. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 26. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 27. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 28. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 29. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 30. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 31. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 32. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 33. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 34. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 35. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 36. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 37. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 38. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 39. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 40. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 41. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 42. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 43. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 44. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 45. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 46. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 47. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 48. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 49. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8
			De. & E. 50. (Tr. 100)	4%	100.80 5/8

do. do. do.	do. do. 6. (r. 110) 5%	—, —
do. do. conv. 4%	101,40 5	
Gamb. Hyp. 1/2d.	do. do. div. Ser.	4% 101,40 5
(r. 100).	—	
do. do. 3 1/2%	92,60 5	
Penns. Hyp. W. 1.	do. do. (r. 100) 3 1/2%	94,60 5
(r. 120)	—	
do. do. 5%	—	
	do. Hyp. Ser.	4 1/2% 100,00
	Certific.	4 1/2% 101,50 5

Pommn. d. u. b.	4%	101 40 6	Wein. Hypoth.		
(rg. 100)			Hofdv. (Tos. 90)	4 1/2%	104 50 6
Pommn. d. u. b.	4%	101 40 6	Gesetzl. Nat.-Hyp.		
(rg. 100)			St.-G.	5%	
Gr. B. r. unflindb.	5%	113 00 0	do. do. (rg. 110)	4 1/2%	103 50 6
(rg. 110)			do. do. (rg. 110)	4%	100 50 6
do. Gr. S. 5.	6%		do. do. (rg. 100)	4%	104 00 6
(rg. 100)	5%	107 50 0			

Bauk-Vapiere.		Div. p. 1891.	
Div. p. 1891		Div. p. 1891.	
Bt. Exp. Red. 5.	57,80 3	Dtsch. Genossen. 8	120,60 3
Berliner Cassenver. 8 1/2.	134,80 3	Disc. Command. 11	119,00 3
Bankver. 8 1/2.	126,75 3	Bredner Bank 10	151,00 3

do. Prod.-Bk.	—	118 16 $\frac{1}{2}$	Nationalbank	6	110 00 $\frac{1}{2}$
Bresl. Disc.-Bank	9	92 25 $\frac{1}{2}$	Genm.-Hyp. conv.	6	105 00 $\frac{1}{2}$
Darmst. Disc.-Bank	9	—	Pr. Centr.-Bd.	10	148 75 $\frac{1}{2}$
Deutsche Bank	10	153,90 $\frac{1}{2}$	Reichsbank	8 $\frac{1}{2}$	148 50 $\frac{1}{2}$

Bergwerk- und Hüttengeſellſchaften.

Verjettius Bergw.	12	119 000	Verjettius Bergw.	—	—
Vochem. Biv. A.	6	44 75	do. conv.	—	17 80
do. Gussfab.	—	110 50	do. St.-Fr.	—	4 10 00
Donisclaus	13 1/2	91 60 00	Hugo	10	86 54 5
Bornilia Bergw.	—	7 25	Kön. u. Lanvab.	—	102 23 0
Donnerdu ardt.	6	72 20	Konise Tiefbau	—	69 25 6
Detmunder St.	—	62 20	Märk. Westf.	—	218 50 0
					62 13 50

Fr. L. A.	6	53 80 6	Deutschnische		
Eisenhütten	12	128 36 6	Stollberg-Hanf-S.	8 1/2	50 10 6 1/2
Parf. Bergm.	—	130 56 6	do. do. St.-Pr.	8 1/2	110 75 6 1/2
Sibernia	19	128 30 6			
Industrie-Papiere.					
Wid. Brauere	0	—	Danz. Melnühle	6	110 00 2
	0	52 95 6 1/2	Danz. Haab.	1 1/2	150 10 6

Abrens do.	0	2 50	Dehler	do	10	185 75
Abmischers do.	14	222 50	Rebel Dyn. Truß	4	135 75	
Adm do.	0	1 50	G. J. Pard. Wien	—	247 25	
Adm do.	6	70 00	Röwe u. Co.	18	231 00	
Adm do.	5	127 00	Wag. Gass. Gef.	4	87 10	
Adm do.	4	116 00	Hörl. (conv.)	—	120 00	
Adm do.	1	61 50	do. (Kidera)	—	146 50	
Adm do.	—	—	do. (Kidera)	—	135 00	

Geirichshaff	6	101 0 6	Grönshütte		231 0 0
Geopoldshaff		80 0 0	Halleße	55	131 00 0
Geantenburg	71	88 75 0	Hartmann		123 25 0
do. St. v. Br.	71	87 75 0	Hornu conv.	6	—
Gering	19	195 00 0	Schwarzkeß		238 00 0
Staufner		128 50 0	St. Bül. L. B.	8	110 00 0
Ung	12	116 60 0	Worrd. Kopp	7	92 60 0
					52 00 0

Fraser, Elyfium	3	—	Waldemispunkte	—	25 00
Wöckerl u. Volberg	6	93 00	Siem. Glas-Ind.	12	138 50
P. Chem. Br. v.	10	—	St. B. Cements	5	97 00
P. Prov. Liefer.	20	—	Stral. Spielkart.	—	95 00
St. B. v. v. Dir.	30	199 50	Gr. Pferdeb. v.	12 1/2	73 75
St. B. v. v. Dir.	30	—	Landr. Pferdeb.	—	88 00
St. Walzm. Act.	30	—	Stett. Pferdeb.	2 1/2	67 50
St. Bergsch. Br.	18	—	W. St. Dampf s.	4	80 25

Wachen-Rühn.	450	10850 00	Germania	40	1094 00
Berliner Feuer.	158	2412 00	Magd. Feuer	206	3975 75
do. v. d. W.	2.120	1674 00	do. Meiss.	45	915 00

do. Veden	112	—	Preß. Veden	375	601 00
Colonia Feuerb.	400	—	Pr. Mat.-B. St.	66	1015 00
Concordia, B.	45	1156 00	Provincientia	45	—
Elberfeld, H.	270	6200 00	Thuringia	240	3000 00

Bank-Discount.		Wechsel-
Reichsbank 2, Lombard $3\frac{1}{2}$ 4		Cours vom
Privatdiscount $1\frac{1}{2}$ 3		26. März.
Amsterdam 8 Tage	2 $\frac{1}{2}$ %	168,85 B

[illegible]

Wien Defterr. 12. 8 Tage.	41%	172,00
do. 2 Monat	41%	171,20
Schweiz. Plätze 10 Tage	4%	80 50
Italienische Plätze 10 Tage	41%	77 35
Petersburg 3 Wochen	6%	226,40
do. 3 Monat	6%	226 00
London 8 Tage.	6%	236 60

Gold- und Papiergeld.		
Ducaten per Stück	— —	Engl. Banknoten 30,425 ₤
Souvereigns	20 38 ₤	Frans. Banknoten 21,40 ₤
20 francs per Stück	16 22 ₤	Oesterr. Banknoten 172 85 ₤
Dollar	— —	Ru. Noten 206 75 ₤

